

80.000 Türken sind illegale Doppelstaatsbürger - und kassieren doppelt

Doppel- oder Mehrfachstaatsbürgerschaften sind in Österreich grundsätzlich illegal. Nur in den seltensten Fällen macht das Innenministerium eine Ausnahme. In der Regel gilt: Ein Österreicher kann nur einen Paß haben. Und das ist ein österreichischer Paß. Trotzdem besitzen zehntausende Türken hierzulande unerlaubt sowohl die österreichische, als auch die Staatsbürgerschaft ihres Heimatlandes. Das bringt viele Vorteile bei Behördengängen, Immobilienkäufen oder auch Testamentseröffnungen in der Türkei. Selbstverständlich ist damit aber auch der Anspruch auf sämtliche Sozialleistungen in beiden Ländern gegeben.

Möglich gemacht wird der Mißbrauch von den drei türkischen Generalkonsulaten in Wien, Salzburg und Bregenz. Dort wird den eigenen Landsleuten explizit zur Doppelstaatsbürgerschaft geraten. Sobald die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, sollen sie zurückkommen und sich die türkische wieder abholen. Eigentlich eine unfreundliche diplomatische Geste, die völkerrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen müßte. Fehlanzeige. Die Türkei erlaubt diese illegale Praxis und rechtfertigt sie damit, daß dort Doppelstaatsbürgerschaften möglich sind. Besonders dreist die Antwort des Bregenzer Konsulats auf die Frage der Vorarlberger Nachrichten, wie viele Doppelstaatsbürger es in Vorarlberg gebe: „Doppelte Staatsbürgerschaften seien in Österreich bekanntermaßen verboten.“

Behörden machtlos

Wie viele Doppelstaatsbürger es genau gibt, kann nur geschätzt werden. Offiziell sind von den 275.000 in Österreich lebenden Türken knapp 114.000 noch türkische Staatsbürger, der Rest wurde eingebürgert. Statistiker in der Türkei gehen jedenfalls davon aus, daß mindestens die Hälfte der Eingebürgerten gleichzeitig auch die türkische

Staatsbürgerschaft hat. Das wären also mehr als 80.000 Türken hier bei uns. Die Dunkelziffer liegt vermutlich noch deutlich höher. Doch weil die Behörden offiziell nichts von dem Problem wissen, können sie auch keine Sanktionen aussprechen. Lediglich wer entdeckt wird, dem wird die österreichische Staatsbürgerschaft aberkannt.

Wirtschaftlich und politisch interessant

Für die Türkei sind ihre in Österreich lebenden Bürger ein bedeutender Wirtschaftsfaktor - etwa in Form von Investitionen oder Urlaubsaufenthalten. Ein türkisches Regierungsmitglied verdeutlichte die Wichtigkeit anlässlich der schweren Wirtschaftskrise seines Landes Anfang der 2000er-Jahre folgendermaßen: Würde jeder in Deutschland lebende Türke 1.000 Mark in der Türkei investieren, könne die Krise innerhalb kürzester Zeit überwunden werden. Nicht minder unerheblich ist das politische Gewicht der Doppelstaatsbürger. Bei der Präsidentenwahl im August dürfen sie in der türkischen Botschaft in Wien und den drei Generalkonsulaten zur Urne schreiten. Bislang mußten sie dazu die eigens an türkischen Grenzübergängen und Flughäfen aufgestellten Wahlurnen benutzen. Für die türkischen Auslandswähler - das sind insgesamt 4,2 Millionen - ist das attraktiv: sie entscheiden über etwa 20 der 550 Abgeordneten im Parlament. Verständlich warum Premier Recep Tayip Erdogan auf Wahlkampf durch Europa tourt und demnächst in Wien Station machen wird.

Die Behandlung der Volkstreuen durch Österreichs Behörden

- 1.) Zuerst ignorieren und verlachen sie**
- 2.) dann hetzen und lügen und spucken sie**
- 3.) dann bekämpfen, verbieten, verfolgen sie.**

Auch eine Lösung

Frau Dialika Neufeld, Mutter Deutsche Vater Senegalese, reitet im linken SPIEGEL für das Verbot des Wortes Neger auch in Kinderbüchern.

So nimmt sie auch an entsprechenden Demonstrationen teil, bei denen an Stelle des Kinderreims „Zehn kleine Negerlein“ skandiert wird: „Zehn kleine Nazi-Schweine“.

Ist doch eine gute Lösung, nicht?

Recht auf Wasser: Wütende Proteste gegen Arroganz der EU-Kommission

Die Bürger-Initiative „Right2Water“ ist erbost: Knapp zwei Millionen Menschen haben eine Petition unterschrieben, der zufolge Wasser zum Menschenrecht erklärt werden sollte. Die EU blockt jedoch ab. Offenbar taktiert die Kommission wegen des Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP): Der Verkauf ihrer Wasserbetriebe käme manch einer verschuldeten Kommune gerade recht.

Die europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ ist erbost: Die EU-Kommission ignoriert den ausdrücklichen politischen Wunsch von 1,9 Millionen Bürgern. Sie hatten sich in einer Petition dafür ausgesprochen, das Recht auf Wasser als Menschenrecht zu verankern.

Doch die EU zeigt den Bürgern die kalte Schulter.

Die Initiatoren der Kampagne „Right2Water“ sehen sich durch die Kommission getäuscht. Die deutsche Koordinatorin der Initiative, Clivia Conrad, sagte den Deutschen Wirtschafts Nachrichten, daß Brüssel die Verantwortung an die Nationalstaaten abschiebe - um sich den Konflikt zu ersparen.

„Die EU beruft sich immer dann auf das Prinzip der Subsidiarität, wenn es ihr politisch in den Kram passt“, sagte Conrad, Bundesvorstand von Verdi und Leiterin der Bundesfachgruppe Wasserwirtschaft. „Wasser ist keine Ware und deshalb haben Marktregeln dort auch nichts verloren“, so Conrad weiter.

„Der Reaktion der EU-Kommission ist wenig ambitioniert darin, den Erwartungen von 1,9 Millionen Menschen gerecht zu werden“, sagt Jan Willem Goudriaan, Vize-Präsident der Bürgerinitiative „Right2Water“. „Ich bedauere, daß es keine Gesetzesvorschlag für die Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser gibt“, so Goudriaan weiter.

Mit Hinblick auf das geplante Freihandelsabkommen TTIP vermeidet es die Kommission, eine klare Stellungnahme zur Privatisierung von Wasser vorzunehmen.

„Ja, die Kommission sagt, daß sie uns unterstützt und behauptet, dass sie die Wasser Ressourcen nicht privatisieren wird. Aber warum schreibt sie das nicht in einen Gesetzestext? Wenn sie wirklich so unterstützend wäre, warum macht sie es nicht Schwarz auf Weiß?“, sagte Pablo Sanchez, der Sprecher der Initiative „Right2Water“, auf Anfrage der Deutschen Wirtschafts Nachrichten.

Sven Giegold, EU-Abgeordneter der Grünen, befürchtet, dass das Verhalten der EU-Kommission den Bürgern jede Hoffnung auf eine echte europäische Demokratie nimmt.

„Der Umgang mit dieser ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger“, so Giegold. Die EU-Kommission verweigert jede Gesetzesinitiative und erklärt das Volksbegehren mit ihrer Stellungnahme für erledigt.

„Wir werden keine Gesetzgebung vorschlagen, die die Mitgliedstaaten verpflichtet zu sagen, daß Wasser ein Menschenrecht ist“, sagte ein Mitarbeiter der Kommission auf der Pressekonferenz.

Die EU-Kommission betonte, daß sie auch bei einer erfolgreichen Bürger-Initiative - also mehr als einer Million Unterschriften aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten - nicht zu einer Änderung der Gesetze verpflichtet. Sie muß dann lediglich eine öffentliche Stellungnahme zu dem Volksbegehren machen. Damit ist die Initiative für die EU-Kommission offiziell beendet.

Griechen-Premier verweigerte Kippa

Der Israelbesuch des griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras wurde von einem Zwischenfall überschattet: Bei der Kranzniederlegung in der Halle der Erinnerung der Gedenkstätte Yad Vashem lehnte es Samaras hartnäckig ab, wie vorgeschrieben, eine Kopfbedeckung zu tragen. Diese „Respektverweigerung“ löste großes Unverständnis bei den Organisatoren der Zeremonie aus. Denn der griechische Regierungschef hatte sich nicht nur geweigert, die übliche runde Kippa zu tragen, er wollte auch keine andere Kopfbedeckung aufsetzen. Israels größte Tageszeitung, Yediot Ahronot, schrieb, daß es äußerst selten sei, daß hochrangige ausländische Gäste sich verweigerten: 2005 habe sich der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan genauso verhalten. Der damalige französische Staatspräsident Jacques Chirac habe zwar keine Kippa tragen wollen, jedoch einen Hut akzeptiert. Auch der einstige UN-Generalsekretär und spätere Bundespräsident Kurt Waldheim verweigerte 1973 beim Yad-Vashem-Besuch als überzeugter Katholik das Tragen einer Kippa.

Kein Geld für Wiener, die sich das Heizen nicht leisten können, aber 245.000 Euro für Sado-Maso-Spielchen

Ist harte Arbeit dir ein Graus, flüchte dich ins Amerlinghaus! Damit der linksextreme Selbstbedienungsladen ein solcher bleiben kann, stockt Rot-Grün den Geldsegen für das „antikapitalistische“ Projekt weiter auf. 245.000 Steuer-Euro gibt's nun insgesamt für das nebulose Kulturzentrum Spittelberg, den Trägerverein des Amerlinghauses.

„Da ist es offenbar völlig egal, daß das städtische Kontrollamt die Gebarung vernichtend kritisiert hat, ausgerechnet die selbsternannten Antikapitalisten mit Subventionsgeld an der Börse spekuliert haben und die Angestellten, laut Vereinsobmann, nicht schlecht verdienen“, kann Wiens FPÖ-Klubchef und stellvertretender Bundesparteiohmann Mag. Johann

Fortsetzung Seite 3

Gudenus überhaupt kein Verständnis für diese erneute Finanzspritze aufbringen: „Bedürftigen Wienern streicht die Stadtregierung völlig unsozial den Heizkostenzuschuss, fleißige Bürger sackelt sie durch Gebühren-Wucher aus bis zum Gehnicht-mehr, aber für das Amerlinghaus, das Sado-Maso-Lehrgänge veranstaltet und ein Sammelbecken für Linksradikale ist, die immer wieder auf gewalttätigen Demonstrationen auftauchen, gilt offenbar die Devise ‚Darf’s ein bißchen mehr sein‘. Das ist ein Skandal!“

Bereits die erste Subvention für das Amerlinghaus in Höhe von 113.000 Euro wäre ein schwerer Fehler gewesen, so Gudenus: „Jetzt geht der zuständige SPÖ-Stadtrat Christian Oxonitsch erneut vor diesen Arbeits- und Gesellschaftsverweigerern in die Knie.“ Er verweist darauf, daß der Verein durch Mitgliedsbeiträge gerade einmal ein paar Hundert Euro einnimmt. Selbst wenn man von einem monatlichen Beitrag von nur acht Euro ausgeht, hat er wohl nicht einmal ein Dutzend Mitglieder, von denen aber neun im Vorstand sitzen. Gudenus verspricht: „Spätestens wenn wir nach der Wahl im nächsten Jahr die Regierung übernehmen, ist Schluß mit diesem Spuk!“

Gutmenschen – stets im Einklang eigens erschaffener Weltbilder

Warum sind viele Menschen von Gutmenschen so genervt? Eigentlich mögen die meisten doch gute Menschen und empfinden sie als angenehm. Aber hierbei gibt es einen klaren Unterschied! Die Bezeichnung Gutmensch bezieht sich auf das aufgesetzte, demonstrative „Gut sein“. Genau das kommt eben nicht gut an – vielleicht weil man spürt, daß es nicht echt ist.

Die Einstellung der Gutmenschen zu verschiedenen Themen kann durchaus deren absoluter Überzeugung entsprechen, dennoch gibt es klare Diskrepanzen. Denn die Gutmenschen sind nur solange friedlich, solange man ihre Meinung teilt. Auch ihre übermäßig ausgeprägte Toleranz gegenüber Vielfalt jeder Art endet spätestens bei der Meinungsvielfalt. Da sie sich selbst auf der richtigen Seite wähnen, müssen alle anderen falsch liegen, die nicht dieselben Ansichten teilen.

Gutmenschen sind vehemente Verfechter der politischen Korrektheit mit all ihren Thesen und Forderungen. Den diesbezüglichen Mainstreaminformationen diverser Medien sind sie treu ergeben und verteidigen diese mit all ihrer Kraft.

Es fällt auf, daß jene, die zur Gattung der Gutmenschen gehören, meist nicht wirklich ausgeglichen wirken. Das läßt sich am leichtesten testen, wenn man ihnen nicht nach dem Mund redet. Davor können sie noch eher die Fassade aufrechterhalten. Aber schließlich müssen sie gegen ihre bösen,

intoleranten Mitmenschen kämpfen und ihnen einbläuen, welche Einstellungen die richtigen sind, und welche man gefälligst zu vertreten hat, um ein guter Mensch zu sein.

Was steht psychologisch gesehen dahinter, ein Gutmensch im Sinne der politischen Korrektheit zu sein? Wir Menschen haben ein Bedürfnis, geliebt und gemocht zu werden, zu einer Gruppe dazuzugehören, sich integriert und mit anderen zusammengehörig zu fühlen. Dieses Bedürfnis ist grundsätzlich in jedem verankert, allerdings in unterschiedlichem Grade. Ist dieses Bedürfnis sehr stark ausgeprägt, dann orientieren sich die Betroffenen an Gruppennormen, gesellschaftlichen Werten und Maßstäben. Ein wesentliches Charakteristika ist, daß sie sich an der Mehrheit orientieren.

Denn die Minderheit verbindet man mit dem Gefühl des Ausgegrenztwerdens, und das ist für Personen, die sehr stark nach Akzeptanz und Zugehörigkeit streben, unerträglich. Gutmenschen können sich sehr wohl für Minderheiten einsetzen, aber nur wenn das von einer Mehrheit anerkannt und sozial erwünscht ist. Handelt es sich jedoch um eine Minderheit wie Systemkritiker, ist Kampf im Dienste der Mehrheit angesagt.

Will man in einer Gesellschaft bestimmte Werte, Einstellungen und Maßstäbe aufbauen, braucht man diese nur mit Eigenschaften wie ethisch korrekt, gut, intelligent, aufgeschlossen, modern in den Köpfen der Menschen zu verbinden. Unabhängig, ob das nun wahrhaftig so ist - aber es soll das sein, was alle glauben sollen. Dahinterliegende nicht so schöne Absichten werden wie bei der Vermarktung eines Produkts ansehnlich verpackt und verschleiert. Gleichzeitig muß eine Gegenpropaganda laufen, das all jene, die genauer hinsehen und hinterfragen, mit negativen Eigenschaften versehen werden.

Eine ganz beliebte Strategie ist dabei die Unterstellung eines braunen Anstrichs. Aufgrund der oben angesprochenen sozialen Bedürfnisse der Menschen, erreicht man auf diese Weise schon einen Rattenschwanz an Personen, die diese Werte und Einstellungen einfach übernehmen. Nachdem es sich aber dann in vielen Fällen nicht um Werte handelt, die ein Mensch aus eigener Erfahrung aufgebaut hat, entsteht der nach außen hin künstlich wirkende Gutmensch.

Das Spiel der Manipulation beherrschen die Eliten perfekt, da sie um die psychischen Wirkmechanismen bestens Bescheid wissen. Sie hätten es allerdings viel schwerer, wenn die Menschen ihre eigenen Bedürfnisse stärker hinterfragen würden und reflektieren, womit sie zu ködern sind. Dann könnte es statt den imageaufpolierten Gutmenschen mehr aufgeklärte, wachsame, gute Menschen geben.

70 % gegen Verbannung der „Negerlein“

Die Ankündigung des Thienemann-Verlags, Begriffe wie „Negerlein“ und „Neger“ aus Kinderbuchklassikern wie Otfried Preußlers „Die kleine Hexe“ zu streichen, war der Anlaß für eine repräsentative Umfrage. Die „diskriminierenden Ausdrücke“ sollen nicht aus den Kinderbüchern entfernt werden, meinten 70 % der Deutschen bei der Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov. Für die Verbannung dieser Worte waren 22 % der Befragten.

Und warum macht sie so was?

Der schwarze US-Schauspieler Samuel L. Jackson wurde vom „Kölner Stadt-Anzeiger“ zu den Themen Sklaverei, Filme, Obama und auch Kinderbücher befragt. Den Befragern ging es wohl darum, die Zustimmung des Schwarzen zu den neuesten Sprachverrenkungen beim Vorlesen von älteren Kinderbüchern zu erlangen, was aber gründlich mißlang. So ernteten sie auf ihre Ausführung zu Pippi Langstrumpf, daß die „deutsche Familienministerin Kristina Schröder ... ihrer kleinen Tochter aus dem Buch Begriffe wie ‚Neger‘-König‘ oder ‚Neger‘-Königreich‘ nicht mehr vorlese“, die erstaunte Frage: „Und warum macht sie so was?“

Ja, das fragen sich auch hierzulande alle, die noch nicht vom Zeit-Ungeist angesteckt worden sind. Jackson jedenfalls findet es schade, daß die Tochter von Frau Schröder „aufwächst, ohne zu erfahren, daß auch Neger Königreiche haben können, oder?“

Damit haben die Interviewer wohl nicht gerechnet. Da sie aber weiter bohren, sagt Jackson: „Jetzt würde mich aber brennend interessieren, mit welchem Wort Ihre Familienministerin den „Neger-König“ ersetzt?“

Antwort: „Sie liest statt dessen „Südsee-König“, in anderen Kinderbüchern wie „Jim Knopf“ ersetzt sie „Neger- Baby“ durch „ein Kind mit schwarzer Hautfarbe“.

Jackson weist darauf hin, daß „Negro“ im Englischen an sich kein schlechtes Wort ist. „Es bezeichnet eine Rasse“. Und seine Tochter habe das Wort „Nigger“, als sie aufwuchs, oft gehört, sogar bei sich zu Hause.

Das arme Kind. Und in Papas neuestem Film, einem Western aus der Zeit der Sklaverei, kommt „Nigger“ sogar über 100 Mal vor! Jackson entgegnet auf die Frage, wie er dazu stehe: „Ich finde diese Diskussion überflüssig. Kein Wort ist per se ein Tabu-Wort. In der Zeit der Sklaverei, die in dem Film beschrieben wird, wurde nun mal auf diese Weise über Schwarze gesprochen. Wenn du diese Zeit authentisch darstellen willst, aber gerade dieses Wort meidest, ist das unehrlich.“

Da kann man ihm nur beipflichten. Aber so ist das nun mal - entweder ist etwas ehrlich, oder es ist politisch korrekt.

Südtirol: Schiedsrichter verbietet Fußballern deutsche Sprache

Die Autonomie in Südtirol ist wieder einmal mit Füßen getreten worden. Laut lokalen Medien gab es am 9. Mai in Vierschach einen unglaublichen Vorfall: Die Spieler vom ASV Uttenheim wären nach Angaben des Sektionsleiters massiv benachteiligt worden, weil sie deutsch und nicht italienisch sprachen. So habe der italienische Schiedsrichter beispielsweise ganz offen damit gedroht, den Fußballern die rote Karte zu zeigen, sollten sie mit ihm nicht italienisch sprechen.

Nicht nur das: Den Trainern ist es sogar untersagt worden, sich mit ihrer eigenen Mannschaft während des Spiels auf Deutsch zu unterhalten. „Es kann und darf nicht sein, daß unsere Fußballspieler wegen ihrer deutschen Muttersprache benachteiligt oder gar unter Druck gesetzt werden“, betont Elmar Thaler, der Landeskommandant des Südtiroler Schützenbundes, der in diesen Vorfällen einen neuerlichen massiven Angriff auf die Minderheitenrechte sieht. „Der Gebrauch der Muttersprache ist eines der grundlegenden Rechte des Minderheitenschutzes und bereits im Pariser Vertrag von 1946 festgelegt“, so Thaler, der die Politiker

Südtiroler Athleten mit Situation unzufrieden

Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Umfrage des Südtiroler Schützenbundes unter den 46 Südtiroler Olympiateilnehmern von Sotschi 2014. „Zum einen kommt klar zum Ausdruck, daß die Südtiroler Athleten mit der derzeitigen Situation unzufrieden sind. Zum anderen wird erkenntlich, daß sie unter enormem Druck stehen und sogar Konsequenzen ihrer Vorgesetzten fürchten“, informiert der Südtiroler Schützenbund. Fast alle Teilnehmer der Umfrage wünschten sich ein Arbeitsverhältnis beim Land anstatt beim Staat. Dramatisch: Alle Sportler würden negative Konsequenzen ihrer Vorgesetzten fürchten, sollten sie es wagen, nach einem erfolgreichen Bewerb die Südtiroler Fahne in die Hand zu nehmen. Zudem seien alle Sportler der Meinung, daß ihre Möglichkeiten und Gewinnchancen in einem anderen Nationalteam größer seien.

ZITAT

„Wer nicht weiß, was vor seiner Geburt geschehen ist, wird auf immer ein Kind bleiben. Was ist das menschliche Leben wert, wenn es nicht durch die Zeugnisse der Geschichte mit dem unserer Ahnen verwoben wird.“

Marcus Tullius Cicero

Lesen Sie auch KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 249 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: kontakt@wiener-beobachter.at, Internetz: www.wiener-beobachter.at.

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien